

Also doch: UBS-Ospel tritt zurück

http://www.sonntagonline.ch/pages/index.cfm?dom=151&rub=100212524&arub=100212524&orub=100212524&osrub=100212524&Artikel_ID=101772005

In Sonntag CH, 26. Februar 2008

Nachdem die UBS am letzten Donnerstag bekannt gegeben hat, dass die Amtszeit der Verwaltungsräte auf ein Jahr begrenzt wird, spricht jetzt die Bank Klartext zur Zukunft des Verwaltungsratspräsidenten. UBS-Presse-sprecher Christoph G. Meier: «Marcel Ospel hat sich bereit erklärt, sich nochmals für ein Jahr wählen zu lassen. Darüber hinaus hat er keine Pläne.»

Von Arthur Rutishauser

Mit dem absehbaren Führungswechsel entspannt sich auch das Verhältnis zu den oppositionellen Aktionären, die sich um die Anlagestiftung Ethos und Profond gruppieren. Ethos-Direktor Dominique Biedermann fordert nun noch den Rücktritt des Vizepräsidenten Stephan Haeringer.

Profond-Chef Herbert Brändli setzt grosses Vertrauen in den neuen Vizepräsidenten Sergio Marchionne. Der Italo-kanadier werde mithilfe von Ospels Beziehungsnetz die Probleme der UBS lösen, ist Brändli überzeugt.

Brändli sieht Marchionne als neuen starken Mann: «Ospel bleibt zwar pro forma die Führungsfigur, doch eigentlich findet eine Ablösung statt. Deshalb ist Profond entgegen früheren Rücktrittsforderungen nun bereit, Ospel für ein Jahr als VR-Präsidenten zu wählen. Ospel wird machen, was ihm Marchionne sagt.»

Offensichtlich ist die UBS noch auf der Suche nach einem neuen Verwaltungsrat, der aus der Bankbranche kommen soll. Die UBS hat in London verschiedene Banker angefragt, ob sie als Vizepräsident in den Verwaltungsrat der UBS eintreten wollten.

«Ein entsprechender Artikel der «Financial Times» stimmt in den Grundzügen, wenn auch nicht alle genannten Persönlichkeiten angefragt wurden», sagt ein Insider. Die «FT» nannte Bob Diamond (Barclay), Michael Cohrs (Deutsche Bank) und John Studzinski (Blackstone).

Angeblich hätten alle abgesagt. Bei der UBS ist man zuversichtlich, vor der Generalversammlung doch noch jemanden präsentieren zu können.

Der Geschäftsgang der UBS hingegen hat sich noch lange nicht entspannt. Der Kurszerfall der mit dem amerikanischen Hypothekenmarkt verbundenen Anlagen der grössten Schweizer Bank hält an.

Die beim Jahresabschluss von der Bank zur Rechtfertigung ihrer Bewertungen der Hypothekar-Verbriefungen herangezogenen so genannten ABX-Indices haben sich seit Jahresbeginn nochmals um gut 10 Prozentpunkte abgeschwächt. Entsprechend kommt es erneut zu Abschreibungen in Milliardenhöhe.

Die Analystenschätzungen schwanken zwischen 10 und 20 Milliarden Franken. Stimmt dies, so sinkt die ohnehin schon sehr dünne Eigenkapitaldecke von 1,6 Prozent auf noch 1 Prozent, und auch das erweiterte Eigenkapital würde nicht wie angestrebt 12 Prozent erreichen, sondern nur etwa 9 Prozent.

Angesichts der absehbaren weiteren Milliardenverluste wird die Stiftung Profond am Montag ein Traktandierungsbegehren für die ordentliche GV der UBS vom 23. April einreichen. Sie fordert eine zweite Kapitalerhöhung in der Höhe von «rund 10 Milliarden Franken».

Diese soll ordentlich erfolgen, was bedeutet, dass alle Aktionäre berechtigt wären, frisches Kapital in die Bank einzuschiessen. Stiftungsratspräsident Herbert Brändli ist überzeugt, dass die an der ausserordentlichen Generalversammlung vom nächsten Mittwoch vorgesehene Kapitalerhöhung im Umfang von 13 Milliarden Franken nicht ausreichen wird.

Mit ihrer Eingabe will die Profond zudem erreichen, dass die UBS über Risikopositionen und Eigenkapitalbasis genauer informieren muss. Denn der UBS-Verwaltungsrat werde um eine Stellungnahme zum Traktandierungsbegehren nicht herumkommen.

Vorläufig will sich die Bank aber zu einer allfälligen neuerlichen Kapitalerhöhung nicht äussern.

Auch nicht dazu, ob sie bereits selber solche Pläne wälzt, wie verschiedene Quellen sagen. Nur eines ist klar: Das neue Geld würde teuer, denn der Singapur Staatsfonds GIC, der zu einem Mindestpreis von 51 Franken pro Aktie einsteigt, obwohl sich der gegenwärtige Kurs bei 35 Franken befindet, hat sich gegen eine allfällige Verwässerung abgesichert.

Meier: «Es gäbe – sollten Verwässerungsereignisse eintreten – standardmässig eine Anpassung auf der Basis des Wertes des Bezugsrechts bei einer Kapitalerhöhung, um den Investor gleichzustellen. Deshalb beantragt der Verwaltungsrat die Schaffung von bedingtem Kapital von bis zu 277 750 000 Aktien (benötigt werden voraussichtlich maximal 252 525 253 Aktien), um uns einen Spielraum zu gewähren.»

(mz/owa)